Corona und Klima

Im folgenden Text wollen wir die Klimakrise mit der Coronakrise in Beziehung setzen und die Reaktionen auf die Krisen sowie ihre Auswirkungen betrachten. Durch die derzeitige besondere Situation werden grundlegende systemische Probleme aufgedeckt und offensichtlich. Dies sehen wir als Chance und Gelegenheit für ein gesamtgesellschaftliches radikales Umdenken, welche wir hier skizzieren wollen.

Zusammenhänge von Corona- und Klimakrise

Corona erscheint in den letzten Wochen als omnipräsentes, dominantes Thema - zurecht, da es sich um ein einschneidendes Ereignis handelt, welches einer tiefgehenden Betrachtung bedarf. Allerdings verschwinden andere Problematiken nicht dadurch, dass sie vorübergehend nicht behandelt werden. Uns scheint es relevant, den Diskurs über die Klimakrise weiterzuführen, da wir enge Verknüpfungen zwischen beiden Krisen sehen.

Die Corona-Pandemie legt sich als alles verschärfende Krise über ohnehin existierende multiple Krisen. Sowohl die Corona-, als auch die Klimakrise treffen auf präexistente herrschaftliche Strukturen. Es kommen beiderseits Fragen auf: „Wer hat Zugang zu welcher Versorgung und Ressourcen?“, aber auch „Wen werden die nachfolgenden Auswirkungen wie beispielsweise eine Wirtschaftskrise besonders treffen?“. Anhand dieser Fragen werden bereits bestehende Ungleichheiten sichtbar, indem vulnerable (= besonders bedrohte) Personen, Menschen im Globalen Süden oder marginalisierte Gruppen besonders betroffen sind.

Beide Krisen in ihrer Entstehung sind zumindest teilweise Auswirkungen eines globalen kapitalistischen Wirtschaftssystems. Bei näherer Betrachtung der Covid-19-Pandemie zeigt sich, dass sie keinesfalls als unabänderliche Naturkatastrophe verstanden werden sollte, sondern mit kapitalistischer Expansionslogik zusammenhängt. Wahrscheinlich konnte der neue Virus nur durch die stark veränderten Mensch-Tier-Verhältnisse auf den Menschen überspringen. Durch verstärkte Urbanisierung und "Entwicklung" der Landschaft haben viele Wildtiere, darunter auch die Fledermaus, immer weniger Rückzugsraum und der Kontakt zu Menschen bzw. Zwischenwirten wie dem Schuppentier auf dem Wuhaner Wildtiermarkt erhöht sich stark[1].

Wir begreifen sowohl die Covid-19-Pandemie als auch die Klimakrise als Gerechtigkeitskrisen, die globale Auswirkungen haben, mit denen wir uns näher beschäftigen wollen. Abseits dieser Parallelen zeigen sich auch Unterschiede zwischen beiden Krisen, welche vor allem einen Einfluss darauf haben, wie auf diese reagiert wird.

[1] https://blog.wwf.de/corona-virus-tiere/

Zeitliche Dimension
Während sich die Kimakrise seit Jahrzehnten anbahnt und graduell voranschreitet, wirkt sich die Coronakrise in einem viel engeren zeitlichen Rahmen aus. So schnell, wie die Infektions- und Todeszahlen der Pandemie teilweise innerhalb weniger Tage eskalierten, so schlagartig wurden auch Maßnahmen als Reaktion darauf umgesetzt. Dabei ist bemerkenswert, dass deutsche Entscheidungsträger*innen erst reagierten, als die Zahl an Coronafällen in Deutschland anstieg, obwohl die Krise sich schon seit Wochen in anderen Teilen der Welt abzeichnete. Während bei der Klimakrise schon seit Jahrzehnten die Folgen des Klimawandels bekannt sind und immer spürbarer werden, werden mögliche Maßnahmen nur sehr schleppend umgesetzt. Dies liegt auch daran, dass der Zusammenhang zwischen den Maßnahmen und den erwünschten Wirkungen bei der Coronakrise sehr viel eindeutiger und in einem engeren zeitlichen Rahmen ist als bei der Klimakrise, sodass auch drastische Maßnahmen sehr viel einfacher zu legitimieren sind.

Sichtbarkeit
Des Weiteren lassen sich die gravierenden Folgen durch den Klimawandel sehr viel schwieriger direkt in Statistiken erfassen, da sie durch ein komplexes Zusammenspiel von Faktoren verursacht werden. Auch durch den Klimawandel sterben Menschen, besonders im Globalen Süden, durch verstärkte und frequentierte Hitzewellen, Waldbrände, Überschwemmungen, Lebensmittelknappheit, und in den durch die damit verknüpften Krisen ausgelösten Kriege etc. Von der WHO wurden in einer Studie rund 250.000 zusätzliche Todesfälle zwischen 2030 und 2050 auf Grund von Klimawandelfolgen prognostiziert[2]. Allein in Deutschland starben 2015 über 6000 Menschen an gesundheitlichen Folgen der großen Hitze[3]. Es ist nicht unsere Absicht, die Fallzahlen gegeneinander aufzuwiegen, sondern zu zeigen: wenn es wirklich immer um die Achtung jedes einzelnen Menschenlebens und um Solidarität ginge (dieser Begriff scheint ja in Bezug auf die Coronakrise plötzlich in Mode gekommen zu sein), gäbe es einiges zu verändern.

Betroffenheit
Es stellt sich die Frage, inwiefern sich die Betroffenheit unterschiedlicher Bevölkerungs-gruppen auf die politischen Handlungen auswirkt. Corona scheint uns direkt in der Gegenwart zu betreffen, wohingegen die Klimawandelfolgen in die vermeintliche Zukunft projiziert werden und eher zukünftige Generationen als Leidtragende gesehen werden, was den aktuellen Handlungsdruck entschärft. Noch funktioniert das Verdrängen der Klimakrise im Globalen Norden also recht gut - ein solches Verdrängen wäre in der Coronapandemie nicht denkbar gewesen. Aber auch die Projektion der Klimakrise auf die Zukunft entpuppt sich als Trugschluss, da die Auswirkungen des Klimawandels schon jetzt besonders im Globalen Süden spürbar werden. Historische gewachsene rassistische Strukturen

[2] https://www.who.int/news-room/facts-in-pictures/detail/health-and-climate-change
[3] https://www.tagesschau.de/faktenfinder/hitzetote-101.html

führen dazu, dass die Betroffenheit dieser Menschen nicht als wichtig genug erachtet wird und keine Handlungen folgen. Bei den derzeitigen nationalstaatlichen Maßnahmen gegen die Coronakrise geht es hauptsächlich um das Wohl der jeweiligen Staatsbürger*innen, auch wenn internationale Unterstützung diskutiert wird. Für tatsächlich solidarische, gerechte Maßnahmen angesichts beider Krisen müssten die Leben von Menschen global geachtet werden.

Dazu müssten sich die Länder des globalen Nordens zunächst ihrer kolonialgeschichtlichen Verantwortung stellen. Radikal weitergedacht bedeutet das, das gesamte kapitalistische System in Frage zu stellen, einschließlich der immanenten postkolonialen Strukturen, globalen Ausbeutung und Diskrepanz zwischen Verantwortung und Betroffenheit. Diese imperiale Lebensweise treibt nur weiter den menschgemachten Klimawandel und die Ungerechtigkeit voran, anstatt uns zu befähigen eine (klima-)gerechte Welt aufzubauen, in der es um alle geht und wir nicht auf Kosten anderer leben.

Solidarität

Mit der Coronakrise tauchen plötzlich Begriffe wie "kollektive Verantwortung" oder "Solidarität" in der Öffentlichkeit auf, welche in unserem auf Wachstum, Profit, Konkurrenz und Ausbeutung beruhenden System durchaus ungewöhnlich sind. Wenn es wirklich so wäre, dass "Alle zählen", wie Angela Merkel in ihrer Ansprache vom 18. März 2020 betont[4], dann würden wir diesen Anspruch auch in jegliche andere Bereiche übertragen und vor allem nicht wieder vergessen, wenn die Coronakrise überstanden ist! Diese sogenannte "Solidarität" wird hier nur national gedacht und es zählen eben nicht alle. Obdachlose und eingesperrte Menschen, sowie Geflüchtete werden im Stich gelassen während sich ihre Lage noch verschlechtert hat.

Für eine echte globale Gerechtigkeit brauchen wir Solidarität als Grundlage jeglichen Handelns, die nicht nur propagiert wird, wenn sie situativ nützlich erscheint, wie es gerade im politischen Diskurs passiert. Diese ist notwendigerweise transnational und schlussendlich antinational.

Gefahren

Wir sehen in der Coronakrise das Potential für weitreichende gesellschaftliche Veränderung, welches wir im nächsten Absatz aufzeigen wollen. Dennoch ist es auch wichtig, die Krise als das zu benennen, was sie für sehr viele Menschen darstellt: eine existentielle Bedrohung ihrer Gesundheit und ökonomischen Lebensgrundlage. Auch wenn es derzeit Hilfsgelder von der Regierung gibt, beispielsweise für Selbstständige, wird sich sehr wahrscheinlich ein ähnlicher Trend abzeichnen wie auch schon 2008 im Rahmen der Finanzkrise: großen, "relevanten" Unternehmen wird geholfen, während ein Großteil der Menschen in eine noch prekärer Situation geworfen wird und die Schere zwischen Arm und Reich sich

[4] https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.rede-zur-corona-krise-angela-merkel-hofft-auf-solidaritaet-und-einsicht-der-buerger.1001916c-45c5-4989-b0ec-b81de42489ce.html

weiter öffnet. Auch global gesehen wird die Coronakrise bestehende Ungleichheiten weiter verschärfen.

Zudem bieten die derzeitigen Corona-Maßnahmen die politische Möglichkeit, autoritäre Staatsstrukturen unter gesellschaftlicher Legitimation weiter auszubauen. Ein Beispiel hierfür ist das viel diskutierte Sammeln und Auswerten von Handyortungsdaten sowie die verstärkte Polizeipräsenz auf den Straßen. Der starke Staat wird als Retter vor der Unverantwortlichkeit der Mitmenschen inszeniert, er solle doch endlich weitreichende Verbote aussprechen, damit beispielsweise die Nachbar*innen sich nicht mehr im Park treffen. (Was das über die Konfliktbewältigung aussagt, zu der wir gesellschaftlich fähig sind, könnte an anderer Stelle weiter diskutiert werden.) Allgemein werden im Zuge von Corona massiv Grundrechte wie die Versammlungs- oder auch Bewegungsfreiheit eingeschränkt, nationale Grenzen hochgefahren und die europäischen Außengrenzen als "Schutzschild" gegen geflüchtete Menschen bezeichnet[5]. Wir sehen eine Gefahr darin, dass diese Krisenmaßnahmen nach dem Coronaausnahmezustand nicht einfach wieder verpuffen, sondern teilweise bestehen bleiben oder mit viel geringeren politischen Kosten wiederholt werden können. Deshalb gilt es jetzt schon zu diskutieren, welche dieser Maßnahmen notwendig sind und welche nicht; was nach Corona von diesen Maßnahmen bleiben wird und wie wir damit als emanzipatorische Bewegung umgehen.

Neben den oben genannten und weiteren beängstigenden politischen Tendenzen, die sich im Zuge der Coronakrise aufzeigen könnten oder es schon tun, sehen wir die Krise aber auch als mögliche Zäsur im business-as-usual, das uns in absehbarer Zeit klimapolitisch an die Wand fahren würde.

Krise als Chance

Aus klimapolitischer Sicht zeichnen sich bereits ganz konkret Trends ab, die für eine klimagerechte Welt unentbehrlich sind: große Industrien wie die Luftfahrt- oder Autoindustrie sind derzeit erheblich geschwächt und die Sinnhaftigkeit regionaler Wertschöpfungsketten könnte wieder in den Vordergrund rücken. Während der Coronakrise waren zweitweise über 50% des Energiebedarfs über erneuerbare Energien gedeckt - ein Zusammenkommen des sonnigen Wetters und der derzeit generell eingeschränkten industriellen Produktion[6]. Auch wenn dieses Rekordhoch als "Momentaufnahme" eingeordnet werden muss, zeigt es doch, dass eine umfassende Nutzung erneuerbarer Energien möglich ist. Außerdem haben die drastischen Einschränkungen der Wirtschaftsaktivitäten zu einem Einbruch der Treibhausgasemissionen geführt, in China beispielsweise um ganze 100 Millionen Tonnen im Vergleich zum Vorjahr[7]. Auch wenn dies zunächst einen positiven Effekt für das weltweite Klima

[5] https://www.tagesschau.de/ausland/grenze-tuerkei-griechenland-113.html
[6] http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-36419.html
[7] https://www.carbonbrief.org/analysis-coronavirus-has-temporarily-reduced-chinas-co2-emissions-by-a-quarter

darstellt, sollte uns klar sein, dass dieser Einmaleffekt wieder aufgehoben sein wird, sobald die normalen Wirtschaftsaktivitäten wieder aufgenommen werden. Dennoch zeigt dieser indirekte Effekt der Coronakrise eindeutig und anschaulich den Zusammenhang zwischen Wirtschaftsaktivität und Treibhausgasemissionen auf, wie er auch bereits 2009 im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise sichtbar wurde[8].

An diesem Punkt könnte sich ein neues Diskursfeld öffnen, was für Klimapolitik von erheblicher Bedeutung ist. Wenn die einzige Möglichkeit, CO2-Emissionen drastisch zu senken, das massive Einschränken unseres Wirtschaftssystems zu sein scheint, was sagt das über dieses Wirtschaftssystem aus? Weshalb sollten wir nach der Coronakrise (mit hohen CO2-Emissionen) die Wirtschaft wieder auf Schwung bringen, und dadurch direkt in die nächste, existentielle Krise steuern? Schon jetzt werden vermehrt Stimmen laut, die ohnehin schon schwachen Maßnahmen gegen den Klimawandel doch hintenanzustellen und angesichts der drohenden Rezession zunächst höchste Priorität auf das Ankurbeln der Wirtschaft zu legen. Genau dieses gegeneinander Aufwiegen von Klimaschutz und Wirtschaft ist aber die Wurzel des Problems. Dass unendliches Wachstum, wie es im kapitalistischen Wirtschaftssystem einprogrammiert ist, unvereinbar ist mit einem endlichen Planeten, sollte allen einleuchten. Nun ist es an der Zeit, dass diese Erkenntnis auch in Handlungen übersetzt wird.

Wir glauben, dass die Coronakrise das Potential bietet, Gesellschaft radikal anders - und (klima)gerecht zu denken. Dazu äußerte sich kürzlich etwa Naomi Klein über die Wichtigkeit sozialer Bewegungen:

> "*Only a crisis – actual or perceived – produces real change. When that crisis occurs, the actions that are taken depend on the ideas that are lying around. ... That, I believe, is our basic function: to develop alternatives to existing policies, to keep them alive and available until the politically impossible becomes politically inevitable.*" [9]

Derzeit wird gesamtgesellschaftlich über die Legitimität von Mieten diskutiert. Es wird auf einmal deutlich, wie absurd und ungerecht ein System ist, in dem einige Menschen besitzen und daran Geld verdienen, während andere die Miete nicht mehr zahlen können. Auch über die Einführung eines Grundeinkommens wird auf einmal ernsthaft nachgedacht; die Vergesellschaftung beziehungsweise Entprivatisierung bestimmter Bereiche wie z. B. Krankenhäuser erscheint vorstellbar. Generell scheint sich eine Erkenntnis durchzusetzen: neoliberale Machtpolitiken eignen sich nicht zur Lösung der Coronakrise - weshalb sollten sie angemessen sein, um auf die Klimakrise zu reagieren?

---

[8] https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/klimaschutz-treibhausgasemissionen-im-jahr-2009-um

[9] https://theintercept.com/2020/03/16/coronavirus-capitalism/

Zudem zwingt uns die Coronakrise dazu, neu über die Wichtigkeit bestimmter Berufsfelder nachzudenken. Die Pandemie macht auf einmal sichtbar, welche Arbeiten zwar essenziell sind für das Funktionieren unserer Gesellschaft, aber in patriarchaler Deutungshoheit sehr oft unsichtbar gemacht werden. Pflegeberufe könnten die ihnen zustehende Wertschätzung und Anerkennung erfahren, doch dafür braucht es mehr als Klatschen zum Dank - es braucht konkrete politische Veränderungen wie bessere Bezahlung. Darüber hinaus stellt sich durch Corona auch die Frage 'Was ist eigentlich Arbeit?' und bietet die Möglichkeit, Arbeit gesellschaftlich neu zu organisieren. Dass gerade reproduktive bzw. Care-Arbeit sehr wichtig ist, aber meistens ungesehen und unbezahlt bleibt, haben feministische Perspektiven schon lange hervorgehoben. Jetzt ist es an der Zeit, diese Ungerechtigkeiten radikal infrage zu stellen.

Last but not least zeigt sich in Corona-Zeiten das große Potential solidarischer Organisierung. Zwar hören wir von Hamsterkäufen und Desinfektionsmittel-Diebstählen, die nur zu gut die auf Konkurrenz getrimmte, kapitalistische Ellenbogenmentalität unserer Gesellschaft widerspiegeln. Andererseits aber sind seit Beginn der Krise unzählige Nachbarschafts-Netzwerke oder Initiativen wie Hausbesetzungen für obdachlose Menschen (z.B. in Köln) entstanden. Ein Grundgedanke, der weite Teile der Gesellschaft in diesen Zeiten durchzieht, scheint zu sein, auf Andere zu achten, sich rücksichtsvoll zu verhalten, denen zu helfen, die Corona besonders hart trifft. Dies lässt erahnen, was für ein Zusammenleben denkbar wäre in einer nicht auf Ausbeutung und Konkurrenz, sondern auf Bedürfnissen und Fürsorge sowie auf solidarischen Beziehungen basierenden Art der gesellschaftlichen Organisierung.

Systemchange

Die Coronavirus-Pandemie zeigt uns: Wenn dringendes Handeln notwendig ist, wird die Lösung des Problems nicht dem "Markt" überlassen, sondern den Regierungen. Gleichzeitig deckt die Krise gesellschaftliche Probleme und systematische Ursachen auf. Diese Systemfehler klar zu erkennen wollen wir als Chance zum Umdenken und entsprechendem Handeln wahrnehmen - und auch nicht nach dem Ausnahmezustand wieder vergessen, sondern weiterverfolgen.

Dabei müssen wir uns auch die Ambivalenz der aktuellen staatlichen Maßnahmen vor Augen führen. Einerseits zeigen sie, dass effektives staatliches Krisenmanagement sehr wohl möglich ist. Radikalere Schritte in Bezug auf Klima, die zuvor undenkbar schienen, werden plötzlich vorstellbar. Andererseits müssen autoritäre Maßnahmen als das enttarnt werden, was sie sind - Demonstration und Mittel zur Aufrechterhaltung von Macht.

Wir haben diese Ambivalenzen und die Strategien, mit denen wir die Welt verändern wollen, nicht ausdiskutiert, aber eine Vorstellung dessen, dass es für eine echte sozial-ökologische Transformation eine antikapitalistische

und herrschaftskritische Perspektive braucht. Herrschaftliche, kapitalistische und nationale Systeme werden nie das Wohl aller Menschen miteinbeziehen. Sie fußen auf der Ausbeutung und dem Leid vieler, zum Wohl einiger. In diesem System ist es nahegelegt, seine eigene privilegierte Position zu verteidigen und nicht aufzugeben, was sich dementsprechend im Nicht-Handeln angesichts der Klimakrise äußert. Wir können weder in träge Institutionen noch politische Entscheidungsträger*innen (die in der eben benannten Logik agieren) vertrauen und somit unsere Verantwortung abgeben, geschweige denn abwarten, wenn der Klimawandel uns keine Zeit lässt. Wir müssen die Transformation hin zu einer (klima-)gerechten Welt selbst in die Hand nehmen. Doch wie diese im Rahmen einer größeren Utopie aussehen kann, muss kontinuierlich neu ausgehandelt werden.

Die momentane Krisensituation lässt uns umso deutlicher erkennen, dass es für eine gerechte Welt notwendig ist, unsere Lebensweise nach Bedürfnissen und nicht nach Profit zu organisieren, solidarisches Handeln in unseren Alltag zu integrieren und uns dementsprechend aufeinander zu beziehen, globale Zusammenhänge mitzudenken und zu hinterfragen, welche gesellschaftlichen Bereiche wir ausbauen, neu entwickeln oder verwerfen sollten.

Wir laden euch dazu ein, euch als politische Menschen zu begreifen und die Corona-Zeit dazu zu nutzen, Prioritäten neu zu sortieren und darüber auszutauschen wie eine soziale, ökologische und gerechte Transformation aussehen und vonstattengehen kann.

Lasst uns in dieser Zeit nicht politisch innehalten, auch wenn sich der Schwerpunkt gerade weg von der Klimakrise verschiebt. Organisiert euch mit Nachbar*innen, diskutiert über systemchange, seid solidarisch mit betroffenen Menschen, und macht Öffentlichkeit für Geflüchtete und Gefangene. Bleibt in Bewegung! Und danach, lasst uns nicht von dieser Krise in die nächste stürzen, sondern aus dieser lernen und sie als Anlass zum Wandel sehen, uns von diesem Krisensystem abzukehren.